

Kommunisten eine politische Konzeption entgegenstellen, die sowohl demokratisch als auch antifaschistisch *und* antikommunistisch war.

Die so überraschend erfolgreiche Entwicklung der CDU und der LDP verlieh deren führenden Männern hohe politische Autorität gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht. Auch stärkte sie ihren Willen zu politischer Selbstbehauptung gegenüber den deutschen Kommunisten. Konflikte mußten sich stets da ergeben, wo unter „antifaschistisch-demokratischer“ Flagge kommunistische Politik gemacht werden sollte — wie im Falle des sächsischen Volksentscheid vom 30. Juni 1946 über die entschädigungslose Enteignung aller sogenannten Kriegsverbrecher, Naziaktivisten und Konzernherren und die Überführung ihrer Betriebe in „Volkseigentum“. Vergeblich appellierte *Jakob Kaiser*, der die weittragende Konsequenz der durch diesen Volksentscheid zu sanktionierenden Maßnahmen frühzeitig erkannte, an *Pieck* und *Grotewohl* mit dem Ziel, „Einfluß darauf zu nehmen, daß in Sachsen keine voreiligen Entscheidungen getroffen werden“, da Entscheidungen von solcher Tragweite „nur als gesamtdeutsche Angelegenheit behandelt werden“⁶⁹ könnten. Ein weiterer Vorstoß der CDU blieb ebenfalls ohne Erfolg. Nicht einmal zu einem von der bürgerlichen Opposition innerhalb des Ausschusses für den sächsischen Volksentscheid vorgeschlagenen Kompromiß fanden sich die Kommunisten bereit. Danach sollte eine Erklärung beschlossen werden, in der es hieß: „Es ist klarzustellen, daß einer Entscheidung des deutschen Volkes über die künftige Wirtschaftsordnung durch den sächsischen Volksentscheid nicht vorgegriffen wird. Betriebe, die nach Artikel 2 des Gesetzesentwurfes zum Eigentum des Volkes erklärt werden, sind dementsprechend von der sächsischen Landesregierung bis zu dem Zeitpunkt treuhänderisch zu verwalten, an dem eine Entscheidung des deutschen Volkes über die künftige Wirtschaftsordnung in Kraft tritt“⁷⁰. Wenn man bedenkt, daß die damaligen Enteignungsaktionen einen entscheidenden Schritt zur Sozialisierung der Sowjetzonen-Wirtschaft und damit zur ökonomischen Spaltung Deutschlands darstellten, eine Maßnahme also von nationaler Bedeutung, so werden sowohl die bürgerliche Opposition als auch der kompromißlose Kurs der Kommunisten verständlich.

Diese Opposition versteifte sich in den Herbstmonaten des Jahres 1946 und fand ihren unmittelbaren Niederschlag in dem für die SED enttäuschenden Ausgang der erstmals nach dem Kriege durchgeführten Kommunal- und Landtagswahlen in der SBZ. Das Wahlergebnis mußte zumal überraschen, als

⁶⁹ Zitiert bei *Stefan Doernberg* „Die Geburt eines neuen Deutschland“, S. 342.

⁷⁰ Ebenda, S. 345. ⁴⁹